

# Wilsdruffer Tageblatt

Wochenblatt für Wilsdruff  
und Umgegend.

Erscheint seit dem Jahre 1841.

Amts-Blatt



Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage, abends 6 Uhr für den folgenden Tag. / Preis: monatlich 2.00 Mk., vierteljährlich 5.00 Mk., jährlich 18.00 Mk. / Bei den bestellten Postämtern monatlich 2.40 Mk. eines Jahresgebührens. / Die Postämter, Postboten sowie unsere Kunden und Geschäftsleute erhalten jederzeit Zustellungen entgegen. / Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger außergewöhnlicher Ereignisse der Zeitung, der Lieferanten oder der Druckereianstalten — bei der Zeitung keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. / Ferner hat der Abonnent in den oben genannten Fällen keine Ansprüche, falls die Zeitung verfehlt, in besonderem Umfange oder nicht erscheint. / Einzelverkaufpreis der Nummer 10 Pf. / Zustellen sind nicht persönlich zu übernehmen, sondern an den Verlag, die Geschäftsstelle oder die Postämter. / Abnahme-Zustellen bleiben unberücksichtigt. / Druckerei-Verwaltung: Berlin C.W. 45.

Interessante Dfs. für die gebildete Bevölkerung oder deren Angehörige. / Preis: monatlich 2.00 Mk., vierteljährlich 5.00 Mk., jährlich 18.00 Mk. / Bei den bestellten Postämtern monatlich 2.40 Mk. eines Jahresgebührens. / Die Postämter, Postboten sowie unsere Kunden und Geschäftsleute erhalten jederzeit Zustellungen entgegen. / Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger außergewöhnlicher Ereignisse der Zeitung, der Lieferanten oder der Druckereianstalten — bei der Zeitung keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. / Ferner hat der Abonnent in den oben genannten Fällen keine Ansprüche, falls die Zeitung verfehlt, in besonderem Umfange oder nicht erscheint. / Einzelverkaufpreis der Nummer 10 Pf. / Zustellen sind nicht persönlich zu übernehmen, sondern an den Verlag, die Geschäftsstelle oder die Postämter. / Abnahme-Zustellen bleiben unberücksichtigt. / Druckerei-Verwaltung: Berlin C.W. 45.

für die Amtshauptmannschaft Weissen, für das  
Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. sowie für das Forst-

Amtsgericht und den Stadtrat zu Wilsdruff  
rentamt zu Tharandt. Postfach-Konto: Leipzig Nr. 28614.

Nr. 280.

Sonntag den 1. Dezember 1918.

77. Jahrg.

## Ämtlicher Teil.

Auf Blatt 10 des Genossenschaftsregisters des hiesigen Gerichts,  
den Spar-, Kredit- und Bezugsverein Helbigsdorf, eingetragene  
Genossenschaft mit unbeschränkter Haftung betr.,  
ist heute folgendes eingetragen worden:

An Stelle des Statuts vom 23. März 1898 ist das von der Generalversammlung am 15. September 1918 angenommene, Blatt 157 fg. der Akten in Urchrift befindliche Statut vom 15. September 1918 getreten.

Der Vorstand der Genossenschaft besteht aus dem Vereinsvorsitzer, dem  
Rechner und zwei Beisitzern.

Die Willenserklärung und Zeichnung für die Genossenschaft erfolgt in der  
Weise, daß zwei Mitglieder des Vorstandes der Firma der Genossenschaft ihre  
Namen hinzufügen.

Die von der Genossenschaft ausgehenden öffentlichen Bekanntmachungen erfolgen  
in den „Genossenschaftlichen Mitteilungen des Verbandes der landwirtschaftlichen Ge-  
nossenschaften im Königreiche Sachsen“ in der Form, daß sie mit der Genossenschafts-  
firma und dem Namen zweier Vorstandsmitglieder oder, sofern die Bekannt-  
machung vom Aufsichtsrate ausgeht, mit dem Namen des Vorsitzenden des  
Aufsichtsrates unterzeichnet werden. Beim Eingehen dieses Blattes tritt bis zur  
nächsten Generalversammlung die „Leipziger Zeitung“ an dessen Stelle.

Die Berufung der Generalversammlung erfolgt durch Bekanntmachung im  
„Wilsdruffer Tageblatt“.

Wilsdruff, am 27. November 1918.

A Reg. 97/18.

Amtsgericht Wilsdruff.

Auf Blatt 108 des hiesigen Handelsregisters, die Firma Theodor Vorsch in  
Wilsdruff betr., ist heute folgendes eingetragen worden:

Die Firma lautet künftig: Theodor Vorsch, Inhaber Georg Schleginger  
in Wilsdruff.

Der bisherige Inhaber Karl Friedrich Theodor Vorsch ist ausgeschieden.

Der Kaufmann Max Georg Schleginger in Wilsdruff ist Inhaber.

Wilsdruff, am 27. November 1918.

A Reg. 96/19.

Amtsgericht Wilsdruff.

Marmelade. Anmeldung am 1. und 2. Dezember in allen Geschäften.  
Weißer Warenbezugschein Nr. 15 und gelber Warenbezugschein Nr. 11.

Wilsdruff, am 30. November 1918.

Der Stadtrat — Kriegswirtschaftsabteilung.

# Soldatenrat und Vollzugsrat.

## Gärung und Klärung.

(Am Wochenabschluss.)

In Berlin verschärfen sich die Gegensätze unter den  
Gruppen und Parteien der Revolution. Die Gärung  
wächst. Auch in der Regierung wirkt sie, aber bestiger in  
den USA.

Die Männer der Regierung sind fast alle seit Jahren  
im ganzen Reiche bekannt. Überall weiß man, wer Ebert,  
wer Scheidemann, wer Daaße ist. Man sieht ihre Ver-  
schärfungen wohl durch Parteibrillen, aber man macht  
sich doch ein Bild von ihnen. Anders die Führer in den  
USA. Von ihnen weiß und kennt man nichts. Die Um-  
wälzung hat sie aus Sicht gehoben, ihnen Macht und Ein-  
fluß gegeben. Was ist natürlicher, als daß da erst eine  
Periode der Gärung einsetzt, daß nur durch sie eine Klärung  
herbeigeführt werden kann?

Von diesem gärenden Most haben die letzten Ver-  
sammlungen der Soldatenräte Proben geliefert. Schmach-  
haft hat sie nicht. Im Lande wird man die Berichte mit  
Unwillen lesen, und dieser Unwille richtet sich gewiß gegen  
die Hauptstadt, in der so viel Spektakel gemacht wird.

Berlin ist nirgends beliebt, vor allem in Süddeutsch-  
land nicht. Sogar in der Mark Brandenburg herrscht  
eine alte Abneigung gegen den Berliner; er gilt überall  
als ein Keil, der den Mund sehr voll nimmt und sich für  
einen Anbuhler von Reichlichkeit hält. Dies Urteil —  
Vorurteil — gegen den Berliner ist so einseitig wie  
möglich — er ist nämlich vor allen Dingen richtig.  
Berlin ist die reichste Stadt der Welt; in ihr wird viele  
und gute Arbeit geleistet. Aber Berlin ist eine Millionen-  
stadt; sie kann nicht so ruhig und behaglich sein und leben  
wie eine Kleinstadt, in der jedermann der Nachbar aller  
anderen ist, und das Leben sich in den einfachsten Be-  
ziehungen abspielt.

Es ist nicht ganz so schlimm in Berlin wie es nach  
den Versammlungsberichten scheinen muß. Vor allem ist  
es nicht so, wie einige millitärische Stellen angeben, daß  
in Berlin Anarchie herrsche, zu deren Unterdrückung man  
Freiwilligenkorps bilden will. Von Anarchie kann jetzt  
nicht mehr die Rede sein, nicht einmal von Unordnung.  
Das Leben spielt sich in der Hauptstadt jetzt so geordnet  
ab wie nur jemals. Die Gärung beschränkt sich durchaus  
auf den Streit der politischen Meinungen in den Ver-  
sammlungen der USA. Diese haben gewiß eine große  
Macht in der Hand, und was in ihnen vorgeht, darf nicht  
unterschätzt werden. Man soll es aber auch nicht über-  
schätzen.

In der Regierung schreitet die Klärung fort. Je  
abrunder der Most in den Räten gärt, desto stärker wird  
die Stellung der Regierung, in der Erfahrung und Ein-  
sicht ihren alten Rang als vorzügliche Klärmittel be-  
wahren. Während in den USA starke Worte gewechselt  
werden, bringt die neue Regierung die neue Maschine in  
Gang, arbeitet sie und bewältigt sie die Klärungsaufgaben,  
die ihr aufgebürdet sind. Es wird bald Wahlen geben,  
und dann hören die Provokationen auf.

Gefährlicher als die Redeschlachten in Berlin sind  
ihre Wirkungen auf Leute, die gern Anarchie wittern und  
dann als Retter auftreten möchten. In solchen Leuten  
fehlt es nicht. In der heimkehrenden Frontarmee gibt es  
Truppenteile, die von der Umwälzung in Deutschland erst  
etwas erfahren, wenn sie über die Grenze kommen. Solch  
ein Truppenteil hat einige Mitglieder eines USA er-  
schlagen, die Befehle der neuen Gewalt überbrachten und  
sie ausführen wollten. Dieser Vorgang ist zwar eine  
Ausnahme, und die erschlagenen Delegierten waren nach  
dazu Daßer ihrer eigenen Unkenntlichkeit über einen so

ernstlich ist, daß nur ein Freiwilligenkorps zur Unterdrückung  
der „Anarchie“ geworden wird, dann droht von der heim-  
kehrenden Front und ihrer Ahnungslosigkeit eine neue  
Gefahr.

Mit ihr zusammen trifft die Neigung zur Sepa-  
ration. Die Süddeutschen wollen das bisherige politische  
Ubergewicht des preussischen Ostens aus der Welt schaffen,  
und dies Verlangen wäre selbst dann natürlich, wenn  
nicht die Angliederung Deutsch-Osterreichs und der Verlust  
preussischen Gebiets im Osten das Gewicht der Nation  
nach Süden verschoben. Berlin wird nicht in dem Maße  
wie bisher der Mittelpunkt des Reiches bleiben können.  
Vielleicht wird es schon nicht mehr der Ort der verfassungs-  
gebenden Versammlung sein.

Auch diese Verschiebung der Kräfte und Gewichte  
kann nicht ohne gärende Übergangserscheinungen vor sich  
gehen. Aber die erste Nationalversammlung wird bald  
klarheit schaffen wenigstens darüber, ob alle Teile des  
Reiches aufeinander angewiesen sind, einander stärken und  
stützen müssen, wenn sie nicht alle in die Ohnmacht der  
Kleinmächter verfallen wollen.

Die gefährlichste Separationslust ist die im Rhein-  
land. In Berlin gehen sonderbare Gerüchte um über  
Verhandlungen, die von hochmögenden Rheinländern mit  
Paris geführt werden. Was an diesen Gerüchten wahr  
ist, kann nicht aufgeklärt werden, aber sie sind nicht ohne  
Grund.

Nationalversammlung und Friedenskongreß werden  
uns aus dem Zustande der Gärung zur Klarheit bringen.  
Die Verhandlungen über den Vorfrieden werden bald  
ihren Anfang nehmen. Wilson schiffet sich nach Europa  
ein, wird vielleicht schon die nächste Woche in der alten  
Welt an Land gehen. Dann läßt sich auch der Zustand  
des Übergangs, des Waffenstillstandes, der uns in die  
Hand siegestrunder Generale gelegt hat.

Also: die Dinge sind innerlich nicht so arg, wie es  
von außen scheinen kann. Der Wirrwarr tobt sich mehr  
in Worten aus; — die Tatsachen wirken sich anders.  
Sie nehmen eine starke Wendung zur Aufhellung und Be-  
festigung. Die Wole der neuen Ägide Deutschlands,  
Nationalversammlung und Friedenskongreß,  
treten aus dem Ungewissen hervor und werden bald unser  
öffentliches Leben bestimmen.

H. L.

## Wer trägt die Schuld am Kriege?

Deutscher Vorschlag zu einer neutralen Untersuchung.  
Berlin, 29. November.

Die deutsche Regierung hat durch Vermittlung der  
Schweizer Regierung folgende Note an die englische,  
französische, belgische, italienische und amerikanische  
Regierung übermittelt:

Für die Herbeiführung des Weltfriedens, für die  
Schaffung dauernder Sicherheiten gegen künftige Kriege  
und für die Wiederherstellung des Vertrauens der Völker  
untereinander erscheint es dringend geboten, die Vorgänge,  
die zum Kriege geführt haben, bei allen kriegsführenden  
Staaten und in allen Einzelheiten aufzuklären. Ein voll-  
ständiges wahrheitsgetreues Bild der Weltlage und der  
Verhandlungen zwischen den Mächten im Juli 1914 und  
der Schritte, welche die einzelnen Regierungen in dieser  
Zeit unternommen haben, könnte und würde viel dazu be-  
tragen, die Razzern des Hasses und der Mißdeutung  
niederzulegen, die während des langen Krieges zwischen  
den Völkern errichtet worden sind. Eine gerechte  
Würdigung der Vorgänge bei Freund und Feind ist  
die Vorbedingung für die künftige Versöhnung der Völker,  
ist die einzige mögliche Grundlage für einen dauernden

Frieden und zur Bänd der Völker. Die deutsche  
Regierung schlägt daher vor, daß eine neutrale Kommission  
zur Prüfung der Frage der Schuld am Kriege eingesetzt  
werde, die aus Männern bestehen soll, deren Charakter  
und politische Erfahrung einen gerechten Urteilspruch ge-  
währleistet. Die Regierungen sämtlicher kriegsführender  
Mächte wählten sich bereitwillig, einer solchen Kommission  
ihre gesamten Aktenmaterialien zur Verfügung zu stellen.  
Die Kommission soll bejagt sein, alle jene Persönlichkeiten  
zu vernennen, die zur Zeit des Kriegsausbruches die Ge-  
schicke der einzelnen Länder bestimmt haben, sowie alle  
Leuten, deren Andenken für die Beweiserhebung von Be-  
deutung sein könnten.

## Was Staatssekretär a. D. Zimmermann sagt.

Der beim Kriegsausbruch als Unterstaatssekretär im  
deutschen Auswärtigen Amt tätige spätere Staatssekretär des  
Auswärtigen Zimmermann, der in dem durch Eisner ver-  
öffentlichten Schriftstück mehrfach genannt wird, sagt in einer  
Erklärung, es sei schon zur Zeit des Nordes von Serajewo  
allgemein bekannt gewesen, daß Inghand schon seit Jahren  
Serbien den Erwerb österreichisch-ungarischen Ge-  
bietes zugesichert hatte.

Dagegen hätte Österreich-Ungarn sich wenden und  
eine Neuordnung des Balkan anstreben müssen unter  
Heranziehung Bulgariens an den Dreihund. Diese Sach-  
lage wurde erläutert in einer Denkschrift und einem Hand-  
schreiben Kaiser Franz Josephs, die am 5. Juli an Kaiser  
Wilhelm übergeben wurden. Das sei die einzige Laftade,  
die den Anlag zur Legende vom Botsdammer Kon-  
trat gegeben hatte. In der Antwort wurde eine Stellung-  
nahme Deutschlands zur serbischen Frage abgelehnt,  
aber betont, daß Deutschland seinem Bündnis mit Öster-  
reich-Ungarn treu bleiben werde. Deutschland habe also  
weder zugeredet noch angefacht und erfuhr den Inhalt  
des ausschlaggebenden Ultimatus an Serbien erst  
später.

## Soldatenrat und Vollzugsrat.

Berlin, 29. November.

Im Sitzungssaale des Reichstags fand gestern eine über-  
aus zahlreich besuchte Versammlung der Soldatenräte Groß-  
Berlins statt, zu der auch zahlreiche Abordnungen aus  
dem Reiche erschienen waren. Die Stimmung war vom  
ersten Augenblick an sehr gereizt, und das Mißverhältnis  
zwischen dem Vollzugsrat und den Soldatenräten trat klar  
zutage.

Rollenhuber erstattete Bericht über die Tätigkeit des  
Vollzugsrates und kam dabei auf die Stellung des Voll-  
zugsrates zu den Freiwehren zu sprechen. Die Lage der  
Wehrarmee sei eingermessen sicher. Dagegen ständen in Aus-  
land 850 000 Mann, die die frühere Regierung so tief in  
Feindesland geschickt habe, daß bei der gegenwärtigen  
politischen Lage an eine Rückkehr kaum gedacht werden  
könne. Die Waffenentnahme werde wahrscheinlich interniert  
werden, und was eine Internierung in der ungarischen Tiefland  
seht im Winter bedeute, könne sich jeder selbst aus-  
malen. Unter großem Lärm der Vollversammlung erklärte  
Rollenhuber dann, daß sich bei der 6. Armee Freiwilligenkorps  
bildeten, die dazu bestimmt seien, die in Berlin herrschende  
Anarchie zu unterdrücken.

Die Reichseinheit dürfe nicht gefährdet werden, und Eisner  
habe in einer Sitzung des Vollzugsrates erklärt, daß Bayern  
nicht daran denke, sich vom Reiche zu trennen. Der Vollzugs-  
rat betrachte sich nicht als eine dauernde Behörde, sondern  
nur als Sachwalter des deutschen Volkes bis zum Zusammen-  
tritt der Nationalversammlung.  
Als nächster Redner tritt Unteroffizier Cornig den Voll-  
zugsrat heftig an. Der Vollzugsrat, der aus eigenen Gnaden